

Zur Geschichte des FDGB - eine vorläufige Bilanz

Dr. Werner Müller, geb. 1946, ist Privatdozent für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Die Führung des FDGB und ein Großteil seiner hauptamtlichen Funktionäre erwiesen sich im Umbruchs- und Demokratisierungsprozeß in der DDR seit dem Oktober 1989 als handlungsunfähig. Von der mit mehr als 9 Millionen Mitgliedern und einem Organisationsgrad von über 90 Prozent aller Arbeitnehmer zahlenmäßig stärksten Gewerkschaftsorganisation in der deutschen Geschichte waren zuvor kaum Impulse für Reformen des politischen Systems und eine bessere Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten ausgegangen; im Gegenteil: Der FDGB war immer eine feste Stütze des bürokratisch-diktatorischen Regimes der SED und ihres „realen Sozialismus“. Die

11 Keine Ahnung von Tarifen. Die DDR-Gewerkschaften sind nach der Wende in ihrem Land ohne Orientierung, in: *Der Spiegel*, Nr. 4/1990, S. 101 -104.

12 Hans Jürgensen: Die Erneuerung des FDGB läßt manche DGB-Gewerkschaften hoffen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 2.1990, S. 1

Rolle als „Massenorganisation“ im „marxistisch-leninistischen“ Herrschaftssystem wurde von den Gewerkschaftsführungen auch dann noch nicht infrage gestellt, als in der DDR Bürger zu Massendemonstrationen zusammenkamen.

Schon ein vorläufiger Überblick zeigt, daß das inzwischen rund 45jährige Wirken des FDGB nicht vorrangig mit den Maßstäben traditioneller gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Schutzfunktionen für die Arbeitnehmer zu messen ist. Die Arbeit des FDGB und seiner Einzelgewerkschaften von der Staatsgründung 1949 an zeigt klar, daß sie sich zuerst als „treue Kampfgefährten der SED bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR“¹ verstanden. Alle anderen Aufgaben waren dem untergeordnet, ohne daß der FDGB sie jedoch völlig vernachlässigen konnte.

Er verurteilte schon zuvor den Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften, forderte und förderte die „allseitige“ Stärkung der DDR und deren enge Bindungen an die Sowjetunion. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren hatte der FDGB darüber hinaus (und in der politischen Praxis vorrangig) eine Vielfalt von Funktionen wahrzunehmen, die die „klassischen“ gewerkschaftlichen Tätigkeitsfelder weit überschritten. Diese Aufgaben waren im Einzelfall nicht nur untereinander widersprüchlich, sondern beeinträchtigten in der Praxis die wirksame Durchsetzung der wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Interessen der Arbeitnehmer.

Zu diesen Aufgaben, denen der FDGB gemäß eigenem Selbstverständnis effizient und ohne innere Konflikte gerecht werden wollte, zählten zunächst die Mitwirkung an der staatlichen Wirtschaftsplanung und -leitung. Mit der Etablierung der zentralistischen Planwirtschaft von 1948 an wuchs der FDGB so in eine Rolle als Mitträger der verstaatlichten („volkseigenen“) Industrie der DDR hinein. Damit wandelte er sich rasch zu einer „Staatsgewerkschaft“, zu einem Teil staatlicher Exekutive. In der Sozialpolitik zeigte sich die gleiche Entwicklung: Der FDGB rückte in die Verwaltung der staatlichen Sozialversicherung ein, gestaltete über seine Fraktion in der Volkskammer und eine enge Kooperation mit der Führung der SED und der Regierung der DDR die sozialpolitische Gesetzgebung entscheidend mit. Er wurde also auch auf diesem Gebiet zu einem Ausführungsorgan des Staates.

Darüber hinaus sah der FDGB noch weitere wichtige Aufgabenfelder, so in der Aktivierung und Anleitung seiner Mitglieder beim „Aufbau des Sozialismus“, in der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf regionaler und lokaler Ebene, als Element gesellschaftlicher Kontrolle und vor allem in der politischen Schulung und der wissenschaftlich-technischen Qualifikation seiner Mitglieder. Der FDGB wirkte nicht nur als „Rekrutenschule“ des real existierenden Sozialismus, sondern auch als „Kaderreserve“ der SED.² Aus

1 Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR Hrsg Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR Potsdam Babelsberg, Berlin (Ost) 1985, S 61

2 Die Funktionen des FDGB im politischen System der DDR untersuchte systematisch Hartmut Zimmermann, zuletzt in DDR-Handbuch Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann unter Mitarbeit von Horst Ulrich und Michael Fehlauer, Köln 1985, Bd 1, S 459-473

diesem Selbstverständnis resultierten beständig Rollenkonflikte zwischen „Transmissionsfunktion“, der Vermittlung von übergeordneten Zielen der SED in die eigene Mitgliedschaft hinein einerseits und der Notwendigkeit der Vertretung von Mitgliederinteressen andererseits.

Gründung und Umformung des FDGB 1945 -1950

Dieser Charakter des FDGB bildete sich nach längeren internen Auseinandersetzungen bis 1950 heraus. Die Konflikte wurden vorwiegend zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ausgetragen; sichtbar wurden sie vor allem im Vorfeld der Gründung des SED (April 1946) und danach in den langen Kämpfen im FDGB Groß-Berlin, die nicht erst mit der Bildung der „Unabhängigen Gewerkschafts-Opposition“ (UGO) im Frühjahr 1947 begannen und im Sommer 1948 mit der faktischen Spaltung des Berliner FDGB ihren deutlichsten Ausdruck fanden.

Schon die Gründung des FDGB war von parteipolitisch motivierten Differenzen nicht frei. Als sich nach dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 für Berlin und das sowjetische Besatzungsgebiet wieder Gewerkschaften bilden konnten, konstituierten sich in Berlin und den Ländern und Provinzen recht schnell Gründungsausschüsse aus Vertretern aller früheren Gewerkschaftsrichtungen, die sich zur Gewerkschaftseinheit bekannten.³ Einige Differenzen blieben, so über die Organisationsform der Angestellten und den Einfluß der Kommunisten. Diese beanspruchten im allgemeinen die Mehrheit in den Vorständen und den Posten des Vorsitzenden. Mit Hilfe der Besatzungsorgane gelang es ihnen in der Regel, das durchzusetzen. In Berlin bildete sich so eine zentralistische Einheitsorganisation, die in nicht autonome Fachgruppen untergliedert war. Die Basis der Organisation sollte im Betrieb und nicht im Wohngebiet liegen; erstmals war auch die Bildung von „Betriebsgewerkschaftsleitungen“ (BGL) vorgesehen.

Damit bildete sich ein für Deutschland neuer Typ von Gewerkschaften heraus, der schnell, ausgehend von Berlin, zum Vorbild für die gesamte sowjetische Besatzungszone wurde. Im November 1945 ergriffen kommunistische Gewerkschafter die Initiative für einen Zusammenschluß des FDGB auf Zonenebene; in den folgenden Wochen fanden in allen Ländern Delegiertenkonferenzen statt, in denen die mitunter noch provisorisch amtierenden Vorstände durch gewählte abgelöst und Delegierte für den ersten Zonenkongreß benannt wurden. Die Wahlen wurden zum Zankapfel zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, da vielfach aus sozialdemokratischen Wählermehrheiten auf unterer Ebene kommunistische Delegiertenmehrheiten in den Ländern und auf Zonenebenen geworden waren. Vorwürfe von Manipulationen, ja selbst von Wahlfälschungen wurden erhoben.

³ Zur Entwicklung des FDGB zwischen 1945 und 1950 vgl. neuerdings Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, in SBZ-Handbuch Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 -1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S 626 - 664

Das überschattete den ersten Zonenkongreß vom 9. bis 11. Februar 1946 in Berlin, auf dem ein Bundesvorstand gewählt wurde, in dem die KPD-Vertreter in der Mehrheit waren. Da die Alliierte Kommandantur Verstöße gegen die Wahlordnung festgestellt hatte, waren die Berliner Delegierten nicht stimmberechtigt. Erst nach dem Kongreß wurde der Geschäftsführende Bundesvorstand aus der Mitte des Bundesvorstandes gewählt; Hans Jendretzky (KPD) wurde zum ersten, Bernhard Göring (SPD), früheres Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Angestelltenbundes zum zweiten und der frühere Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter Ernst Lemmer (CDU) zum dritten Vorsitzenden gewählt.

Die Delegierten konnten sich nicht auf eine endgültige Satzung einigen, die erst vom 2. Kongreß im April 1947 verabschiedet wurde, als der Streit zwischen SPD- und KPD-Vertretern durch die (zwangsweise) Bildung der SED gegenstandslos geworden war. Der erste Kongreß beschloß ein Programm unter dem Titel „Sichert die Einheit in den Betrieben“, in dem sich der FDGB zur „Säuberung der Betriebe vom Faschismus“, zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter sowie zur Mitwirkung im Wiederaufbau und zur Steigerung der Produktion in den verstaatlichten Betrieben verpflichtete.

Im Sommer 1946 konstituierten sich formal die 18 Einzelgewerkschaften im FDGB, darunter ein Angestellten-Verband. Sie erhielten keine Autonomie. Nach der Satzung von 1947 blieben ihnen nur die Kompetenzen für Tarifwesen, für die (in der Praxis unerhebliche) Führung von Streiks und die Berufsausbildung.

Wie auch im Westen Deutschlands, blieben den Gewerkschaften in der sowjetischen Zone zunächst weite Teile traditioneller gewerkschaftlicher Aufgaben verschlossen, so die Regelung von Arbeits- und Lohnbedingungen durch Tarifvertrag. Wiederaufbau und Sicherung von Versorgung und Ernährung wurden dagegen nun auch zu gewerkschaftlichen Zielen. Allerdings konnten im Sommer 1946 aufgrund eines Gesetzes der Alliierten erstmals zonenweit Betriebsrätewahlen stattfinden. Unter den Nachkriegsverhältnissen mußte selbstverständlich weitgehend auf die Waffe des Arbeitskampfes verzichtet werden. Aber hier verhielt sich die FDGB-Führung schon einseitig: Die erste Streikordnung sah keine Streiks in verstaatlichten Betrieben mehr vor. Die wichtigsten Betriebe waren inzwischen im Besitz der Länder oder der Besatzungsmacht. Mit der Streikordnung belegte der FDGB erstmals, daß die Beteiligung an der staatlichen Wirtschaftslenkung Vorrang vor den Belangen der Belegschaften genoß.

Schon im Laufe des Jahres 1946 orientierte sich der FDGB mehr und mehr an der Politik der SED; im August 1946 verurteilte der Vorstand erstmals die „neue Antisowjetpropaganda in offener und versteckter Form“ und nahm damit Stellung gegen die SPD im Westen Deutschlands und in Berlin. Im Januar 1947 lehnte Walter Ulbricht, Mitglied der SED-Führung und des FDGB-Vorstandes, das Prinzip der „parteilpolitischen Neutralität“ ab. Der

FDGB-Vorsitzende Jendretzky sah auf dem 2. Kongreß im April 1947 eine „volksdemokratische Ordnung“ in der sowjetischen Besatzungszone schon verwirklicht.

Aber erst Ende 1947 setzte ein offener Prozeß der Umformung des FDGB ein. Die Steigerung der Arbeitsleistung, „Wettbewerbe“ um Erhöhung der Produktion, gipfelnd in der Schicht Adolf Henneckes im Oktober 1948, der die geltende Arbeitsnorm um das fast Vierfache überbot, wurden zum Mittelpunkt der FDGB-Politik. Zugleich rückte das Vorbild der zeitgenössischen Sowjetunion in das Zentrum der Schulungs- und Bildungsarbeit; der Kampf gegen „überholte Arbeitsnormen“, gegen „Opportunismus und Revisionismus“ sowie gegen das „noch stark vorhandene Unpolitische, Nur-Gewerkschaftliche“ bestimmten das Bild des FDGB seit 1948. In diesem Prozeß wirkten naturgemäß die gewählten Betriebsräte als Fremdkörper; sie wurden 1948 beseitigt, indem sie mit den „Betriebsgewerkschaftsleitungen“, die zuvor häufig ein Schattendasein geführt hatten, vereinigt wurden.

Zugleich veränderten sich die Führungsstrukturen des FDGB: Satzungs-widrig fand bis zum Jahre 1950 kein Bundeskongreß statt, aber die Vorstände wurden ohne Wahl völlig umgestaltet. Jendretzky trat im Oktober 1948 zurück; ihm folgte als erster Vorsitzender der frühere RGO-Funktionär Herbert Warnke. In den Bundesvorstand des FDGB wurden im Mai und Oktober 1949 insgesamt 25 Funktionäre, meist Kommunisten, kooptiert. Mehr und mehr wurden frühere freie Gewerkschafter und Sozialdemokraten auf dem Wege von „Säuberungen“ aus Wahlfunktionen verdrängt. Ernst Lemmer trat im April 1949 von seinem Amt zurück, Bernhard Göring starb im Dezember 1949. Schon zu dieser Zeit stellten frühere Kommunisten die große Mehrheit in den Führungen des FDGB und der Einzelgewerkschaften.

Zugleich wurde durch einfachen Beschluß des Bundesvorstandes der Organisationsaufbau verändert. Die Gewerkschaften der Angestellten sowie der Öffentlichen Betriebe und Verwaltungen wurden aufgelöst. Es entstanden neue Industriegewerkschaften für einige Schlüsselbereiche der Planwirtschaft, so die IG Energie und die IG Transport im Jahre 1949, die IG Metallurgie im Jahre 1951 sowie als Sonderorganisation für den sowjetischen Uranbergbau um Aue und Schwarzenberg im Erzgebirge die IG Wismut.

Der Umformungsprozeß des FDGB war mit dem 3. Kongreß im August/September 1950 abgeschlossen. Herbert Warnke umriß dort das Verhältnis der Gewerkschaften zur stalinisierten SED: „Die Sozialistische Einheitspartei, als die politische Partei der Arbeiterklasse, weist mit ihren Beschlüssen auch unserer gewerkschaftlichen Arbeit den Weg.“⁴

Das organisatorische Wachstum des FDGB war indes beachtlich: Ende 1949 verzeichnete er 4,7 Millionen Mitglieder, darunter 32,9 Prozent Frauen. Damit besaßen rund 77 Prozent der organisationsfähigen Arbeitnehmer der DDR das

⁴ Protokoll des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. August bis 3. September 1950, Herausgegeben vom Bundesvorstand des FDGB, o. O., 1950, S. 69.

FDGB-Mitgliedsbuch. Dieses Wachstum hatte verschiedene Gründe: So zählten Berlin, Sachsen und Thüringen traditionell zu den „Hochburgen“ der Gewerkschaften, ferner standen dem FDGB gerade in der verstaatlichten Industrie günstige Arbeits- und Werbemöglichkeiten offen. Zuletzt bot die Mitgliedschaft auch soziale Vorteile, etwa durch den 1947 gegründeten Feriendienst des FDGB, der vielen Arbeitern organisierte Urlaubsreisen ermöglichte.

Der FDGB in der „Ära Ulbricht“ 1950 -1971

Auch die vom 3. Kongreß veränderte Satzung bekannte sich zur „führenden Rolle“ der SED, zugleich wurde der „demokratische Zentralismus“ als Strukturprinzip verankert. Auch personell wurde die enge Bindung sichtbar: Der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke wurde auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 in das Zentralkomitee und anschließend in das ZK-Sekretariat gewählt. „Für ihn bedeutete das die Verpflichtung, sich immer mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für die Verwirklichung der Politik der SED in den Gewerkschaften einzusetzen“, hielt eine DDR-Biographie fest.⁵

Der FDGB setzte sich nun in erster Linie für die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Ziele der SED ein. Nach dem 3. Kongreß begann eine breite Kampagne zur Erfüllung des ersten Fünfjahresplans in der Wirtschaft; er intendierte eine „Masseninitiative“, die sowohl zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen als auch das „Klassenbewußtsein der Gewerkschafter zu erhöhen“ zum Ziel hatte.⁶ Der Bundesvorstand propagierte dazu den Abschluß von Betriebskollektivverträgen, in deren Mittelpunkt die Einführung „technisch begründeter Arbeitsnormen“ stehen sollte. Das bedeutete die Einführung des Leistungslohnes, als Basis galten die „Bestleistungen“ des Jahres 1950: Für die meisten Arbeiter bedeutete das die Alternative zwischen Mehrarbeit oder Lohnsenkung. Entsprechend gering war daher die Resonanz in den Betrieben. Erst im Mai 1951 konnte der erste Vertrag im Stahl- und Walzwerk Riesa unterzeichnet werden.

Mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 über die „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ verschärfte sich das sozialpolitische Klima in der DDR weiter. Leistungsdruck und Normenanhebungen, in der Praxis also Lohnkürzungen, beschleunigten sich, ohne daß der FDGB darin einen Grund zum Protest sah. Schon im Jahre 1951 war es zu einzelnen Protestäußerungen der Arbeiter gekommen; Ende 1952 traten Belegschaften in mehreren Magdeburger Großbetrieben wegen unzureichender Löhne in den Streik.⁷

⁵ Heinz Deutschland/Alfred Forster/Ernst Egon Lange, Vertrauensmann seiner Klasse - Herbert Warnke Eine biographische Skizze, 2 überarb Aufl. Berlin (Ost) 1983, S 150

⁶ Insgesamt dazu und für das folgende Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Herausgeber Bundesvorstand des FDGB, Berlin (Ost), S 364, sowie nunmehr Ulrich Gül, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) Theorie - Geschichte - Organisation - Funktionen - Kritik, Opladen 1989

⁷ Vgl Karl Wilhelm Fcncke, Opposition und Widerstand in der DDR Ein politischer Report, Köln 1984, S. 88

Mitte Mai 1953 beschloß das ZK der SED administrativ eine Erhöhung der Arbeitsnormen; kurz zuvor waren die Preise für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln angehoben worden. In der explosiven Lage nach Stalins Tod (März 1953) dämpfte die kurzfristige Rücknahme der Normenerhöhung am 9. Juni 1953 die Erregung nicht mehr: In 272 Städten und Orten der DDR kam es im Laufe des Arbeitnehmeraufstandes vom 16. und 17. Juni 1953 zu Streiks, Demonstrationen und Unruhen, an denen sich mehr als 300 000 Arbeiter beteiligten, wie Otto Grotewohl, der Ministerpräsident der DDR, einräumte. In der Regel gingen sie von Betrieben und Baustellen aus; die ersten Forderungen bestanden in der Annullierung der Normenerhöhung und nach sozialpolitischen Verbesserungen.⁸

Während die SED behauptete, ihre Politik vor und nach dem 17. Juni sei „richtig“ gewesen, wurde an der Haltung des FDGB Kritik geübt, der FDGB folgte jedoch der Krisenbewältigungs-Strategie der SED, dem „neuen Kurs“. Mit zum Teil drakonischen Strafen auf der einen und sozialpolitischen Verbesserungen auf der anderen Seite reagierten Partei- und Staatsführung auf den Juni-Aufstand. So wurde schon im Juni 1953 in einer gemeinsamen Sitzung von Politbüro der SED und Vertretern des Bundesvorstandes des FDGB beschlossen, die Löhne in den unteren Einkommensgruppen zu erhöhen. In den folgenden Jahrzehnten vermieden sie es sorgsam, die Lohn-, Versorgungs- und Konsuminteressen der Arbeiterschaft in dem Maße zu vernachlässigen, wie sie es in den Jahren zwischen 1950 und 1953 getan hatten.

Der FDGB-Vorsitzende wurde stärker in die Parteiführung einbezogen. Warnke rückte nach dem IV. Parteitag der SED im Frühjahr 1954 als Kandidat in das Politbüro, das eigentliche Machtzentrum ein. Ferner beschloß der Ministerrat der DDR im Dezember 1953, die Rechte der Gewerkschaften zu erweitern. So wurden ihnen in Handel und Versorgung Kontrollfunktionen zugestanden; ferner wurden die „Staats- und Wirtschaftsorgane“ angewiesen, bei Ausarbeitung der Wirtschaftspläne Gewerkschaftsvertreter zu konsultieren.⁹

Ebenso ergaben sich beachtliche Personalveränderungen in den Gewerkschaften. Allein aus dem 1950 gewählten Bundesvorstand schieden bis zum Ende des Jahres 1954 40 von 101 Mitgliedern wieder aus¹⁰, unter ihnen Alex Starck, der von Mai 1949 bis Mai 1951 stellvertretender Vorsitzender gewesen war und nach dem 17. Juni 1953 wegen „Kapitulantentums“ alle Funktionen verlor, sowie die zeitweiligen Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften Willi Grapentin (IG Graphik-Papier), Franz Jahn (IG Bau-Holz), Kurt Pfanschmidt

8 Vgl. im einzelnen Klaus Ewers/Thorsten Quest, Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni, in: 17. Juni 1953 Arbeiteraufstand in der DDR, hrsg. von Ilse Spittmann und Karl Wilhelm Fricke, 2. erw. Aufl., Köln 1988, S. 23-55

9 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Aus Reden und Aufsätzen, Bd IV. 1950-1954, Berlin (Ost) 1958, S. 673

10 Vgl. die Angaben in Protokoll des 3. Kongresses des FDGB, a. a. O., S. 449 ff. und Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß 1950-1954, o. O. o. J., S. 251

(Gewerkschaft Bühne-Film), Ernst Schilling (IG Nahrung und Genuß), Bruno Sommerer (IG Handel) und Leo Wanzke (IG Post- und Fernmeldewesen).

Die halbherzige Entstalinisierung in der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU brachte vorübergehend größere Rechte für die betriebliche Basis. Seit dem Herbst 1956 gab es in der SED-Führung Planungen zu „Arbeiterkomitees“ in den Betrieben. Sie bildeten sich in rund 20 Betrieben, wurden aber bis zum Frühjahr 1958 wieder aufgelöst.¹¹ Im Februar 1958 setzte eine Tagung des ZK der SED bereits neue Zeichen: Die Partei gab nun vor, durch „eine verbesserte Gewerkschaftsarbeit die ganze Arbeiterklasse mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen, sie zur Mitarbeit bei der Leitung der Wirtschaft und zur Lösung der staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben heranzuziehen und ihre materiellen und kulturellen Interessen zu vertreten“.¹² Das bedeutete, daß die erste Zielsetzung, Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne, erneut herausgestellt und effizienter realisiert werden sollte. Die „Einzelleitung“ in den Betrieben wurde bestätigt, die Gewerkschaftsgliederungen im Betrieb wurden an der Planaufstellung nur beratend beteiligt. Dagegen wurde die „marxistisch-leninistische“ Schulungsarbeit im Interesse von Planerfüllung und Produktivitätssteigerung verstärkt.

Der FDGB übernahm umgehend die neue Aufgabenstellung; sie wurde schließlich auf dem 5. FDGB-Kongreß im Oktober 1959 bestätigt. Wieder einmal wurden in den Jahren 1958/59 die Einzelgewerkschaften im FDGB neu zusammengefaßt: Es entstanden die Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen - Gesundheitswesen - Finanzen, die IG Energie, Post und Transport sowie die Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, ferner ging die IG Metallurgie wieder in der IG Metall auf. Mit Unterstützung von FDGB und SED sollten die Formen der Arbeit verändert werden: Man unterstützte die Bildung von „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ in den Betrieben, mit dem Ziel, die Herausbildung kollektiver Arbeits-, Wettbewerbs- und Lebensformen zu fördern.

Mit den seit Februar 1958 eingeleiteten Strukturveränderungen waren der FDGB und seine betrieblichen Untergliederungen nun wieder die einzigen Repräsentanten der Arbeiterschaft in den Betrieben. Das stärkte die Rolle der Gewerkschaften, engte aber zugleich ihren Spielraum und Einfluß ein. Seit 1956 war dem FDGB auch die Zuständigkeit für die Sozialversicherung übertragen worden (deren Haushalt allerdings Teil des Staatshaushaltes blieb).

Nach dem Bau der Mauer im August 1961 entwickelte sich die DDR-Wirtschaft rasch; zugleich initiierte die SED-Führung unter Walter Ulbricht Reformen, ohne jedoch den Führungsanspruch der Partei infrage zu stellen. Mit dem Programm des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ seit 1963, begleitet vom Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik der Planung und

11 Dietrich Stantz, Die „Arbeiterkomitees“ der Jahre 1956/58 Fallstudie zur Partizipations-Problematik in der DDR, in Der X Parteitag der SED 35 Jahre SED-Pohak Versuch einer Bilanz Vierzehnte Tagung zum Stand, 9 bis 12 Juni 1981 der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1981, S 63-74

12 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd VII, Berlin (Ost) 1961, S 133 f.

Leitung", später dem „Ökonomischen System des Sozialismus", rückten Modernisierung, Rationalisierung, eine partielle Dezentralisierung und Förderung fachlicher Qualifikation zu zentralen Elementen im planwirtschaftlichen System auf. Wissenschaftlich begründete Steuerungsinstrumente sollten vermehrt die Planwirtschaft mit dem Ziel einer „gewissen Selbstregulierung" bestimmen, verbunden mit der Forderung nach Rentabilität der Betriebe und dem Angebot „materieller Anreize" für die Arbeiter.

Zunächst bestimmten technisch oder ökonomisch qualifizierte Experten weitgehend die Umformungs- und Erneuerungsprozesse der DDR-Wirtschaft, zugleich sank der Einfluß des FDGB. Erst ab 1965/66 übte er auf mehreren Konferenzen Kritik an der häufig einseitig technokratisch ausgerichteten Politik der Rationalisierung und Modernisierung und forderte erweiterte Mitbestimmungsrechte sowie einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz.¹³

Einen dauerhaften Erfolg erzielte er bis zur Ablösung Walter Ulbrichts nicht. Seit 1966/67 setzte erneut ein Prozeß der Zentralisierung der DDR-Wirtschaft ein, der die Leitung und Kontrolle „von oben" intensivierte und politisch-ideologischen Zielen wieder größeres Gewicht einräumte, dem FDGB dabei eine Unterstützungs-Rolle „von unten" zuwies. Das in den letzten Amtsjahren Walter Ulbrichts propagierte Gesellschaftsmodell der „sozialistischen Menschengemeinschaft" verstärkte die Tendenzen zur Harmonisierung gesellschaftlicher Konflikte, auch das erschwerte in der Praxis vielen Betriebs- und Abteilungsgewerkschaftsleitungen eine konkrete Interessenvertretung gegenüber den Betriebsdirektoren. Zugleich entfiel mit der Bildung von „Produktionskomitees" bei den Volkseigenen Betrieben (VEB) und „Gesellschaftlichen Räten" bei den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VB) das Vertretungs-Monopol des FDGB in der verstaatlichten Wirtschaft.

Der 7. Kongreß des FDGB im Mai 1968 konnte zwar erneut auf eine gestiegene Mitgliederzahl verweisen (6,8 Millionen, darunter 3,1 Millionen Frauen), aber die Bilanz in dieser Phase war nicht positiv. „Die Delegierten setzten sich auch mit Mängeln und Hemmnissen auseinander, die die Arbeit der Gewerkschaften behinderten. Sie kritisierten, daß in einigen Fällen staatliche Leiter gesetzlich gesicherte Rechte der Arbeiter mißachtet, Arbeitervorschläge geringgeschätzt, berechnete Kritiken unterdrückt und die Gewerkschafter ungenügend in die Leitung und Planung in den Betrieben einbezogen hätten", räumte die FDGB-eigene Selbstdarstellung ein.¹⁴ Intensiver allerdings hatte sich der FDGB auf politischer Ebene betätigt: Er nahm aktiv an den Arbeiten für die im April 1968 verabschiedete neue „sozialistische" DDR-Verfassung teil, die in ihren Artikeln 44 und 45 die Rechte der Gewerkschaften fest schrieb. Allerdings blieb die Bestimmung, die Gewerkschaften seien unabhängig, angesichts der engen Bindung an die SED und des eigenen Statuts eine

13 Vgl. Wolfgang Biermann, *Demokratisierung in der DDR? Ökonomische Notwendigkeiten, Herrschaftsstrukturen, Rolle der Gewerkschaften 1961-1977*, Köln 1978, S. 69 ff.

14 *Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes*, a. a. O., S. 577.

Leerformel. Besonders deutlich zeigte sich das schon im Sommer 1968 an der Haltung des FDGB zum gewaltsamen Ende des „Prager Frühlings“.

Die Ära Honecker 1971 -1989

Der Führungswechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker im Mai 1971 setzte bei gleichbleibender Grundkonzeption neue sozialpolitische Akzente, in deren Folge der FDGB wiederum enger an die Staats- und Parteiführung gebunden, aber auch seine Rolle als Interessenvertretungs-Organ wieder deutlicher herausgestellt wurde. Der "VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 verpflichtete auch den FDGB zu einem Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Erich Honecker hielt für die Zukunft „die immer aktivere Mitarbeit der Gewerkschaften“ für „unerlässlich“,¹⁵ wie er in seinem Rechenschaftsbericht ausführte. Produktivitätssteigerungen sollten sich für die Arbeiter nunmehr schneller in Löhnen oder Sozialleistungen niederschlagen. Indirekt wurde an der Praxis der Betriebe in der Ulbricht-Ära Kritik geübt: Die Gewerkschaften sollten nun „sorgfältig darauf achten, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen nirgendwo an den Rand der Leitungstätigkeit gerät“.

Die neue, herausgehobene Rolle des FDGB zeigte sich auf staatlich-administrativer Ebene: Der Ministerrat der DDR wurde verpflichtet, mit dem Bundesvorstand des FDGB „die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in die Wege zu leiten“ und die Grundlinien der Einkommens- und Sozialpolitik zu erstellen, wie es das Gesetz über den Ministerrat der DDR seit Oktober 1972 vorschrieb.¹⁶ Ferner bürgerte es sich ein, daß wichtige sozialpolitische Maßnahmen nach gemeinsamen Beratungen von ZK der SED, Ministerrat und Bundesvorstand des FDGB in Kraft gesetzt wurden. Deutlich zeigte sich das bei der Verabschiedung des Arbeitsgesetzbuches im Jahre 1977,¹⁷ das das „Gesetzbuch der Arbeit“ aus dem Jahre 1961 ablöste. Mit einer erneuten Zentralisierung der Planwirtschaft und dem späteren Aufbau der Kombinate wurden die Gewerkschaften wiederum zum alleinigen Träger von Mitwirkungsrechten der Arbeiter, aber Mitbestimmungsrechte schloß das neue Gesetz nicht ein: Die Mitglieder- oder Vertrauensleutevollversammlung im Betrieb hatte nur das Recht, „zu grundlegenden Fragen der Entwicklung des Betriebes und der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen Stellung zu nehmen und vom Betriebsleiter Informationen und Rechenschaft zu verlangen“.¹⁸

15 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Beratungstag, Berlin (Ost) 1971, S. 80.

16 Peter Joachim Lapp, Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung, Köln 1982, S. 26.

17 Vgl. u. a.: Hasko Hüning/Gero Neugebauer, Der FDGB und die Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, in: Gert-Joachim Glaesner (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik - Kultur - Gesellschaft, Opladen 1988, S. 326.

18 So in § 23 des Arbeitsgesetzbuches von 1977.

Aus diesen Maßnahmen von Parteiführung und Ministerrat ergab sich eine enge Verzahnung von FDGB und staatlicher Exekutive. Als Herbert Warnke im März 1975 starb, zeigte sich, wie weit die Parteiführung auch die Geschicke des FDGB lenkte: Ende April wurde nicht ein Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes, sondern Harry Tisch zu seinem Nachfolger bestimmt. Damit rückte ein Mann an die Spitze des FDGB, der zuvor im Parteiapparat der SED aufgestiegen war.¹⁹

In der Ära Honecker wuchs die Mitgliederzahl weiterhin kontinuierlich. 1977 waren schon rund 8,3 Millionen Mitglieder erfaßt, im April 1987 waren es sogar 9,5 Millionen, das entsprach einem Organisationsgrad von weit über 95 Prozent aller organisationsfähigen Arbeitnehmer. 1977 stellten erstmals die Frauen die Mehrheit der Mitglieder.

Insgesamt zeigte der FDGB in den rund 18 Jahren seit 1971 ein widersprüchliches Bild. So waren auf der einen Seite ein beachtliches Organisationswachstum und sozialpolitische Erfolge vor allem in den siebziger Jahren (Erhöhung der Mindestlöhne und -renten, Einführung der Fünftagewoche, Kürzung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 43 % Stunden für die meisten Arbeitnehmer) zu verzeichnen, auf der anderen Seite aber zeigte sich, daß der FDGB die ihm zugebilligte herausragende Funktion im Konzert der DDR-Massenorganisation nicht ausfüllen konnte. Schnell schlug die geforderte aktive Vertretung der Mitgliederinteressen in bürokratischen Immobilismus und Passivität um. Das zeigten vor allem die beiden letzten Kongresse des FDGB 1982 und 1987, von denen weder lohn- noch sozialpolitische Initiativen ausgingen. Vom 11. Kongreß im April 1987 war die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche erwartet worden; zur Enttäuschung vieler Arbeitnehmer blieb sie aus.

Der Niedergang des FDGB

Es gab höchst unterschiedliche Gründe und Ursachen für das Versagen des FDGB als Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Zum ersten lag das in den spezifischen Funktionen der „Massenorganisationen“ im Herrschaftssystem des „realen Sozialismus“. Gewerkschaftsarbeit konnte sich letztlich nur im Rahmen der von der „führenden Partei“ vorgegebenen Grenzen bewegen - eine Mobilisierung der Arbeitnehmer war damit immer auf extern vorgegebene Bahnen eingengt. Zum zweiten wurde in der DDR seit der Verschärfung der Wirtschaftskrise seit 1975 auch für den FDGB der Spielraum immer geringer. Zudem waren die sozialpolitischen Zugeständnisse nach Honeckers Machtübernahme nicht durch größere wirtschaftliche Erträge erkaufte, sondern durch eine wachsende Verschuldung im In- und Ausland. Ferner erwiesen sich die extreme Zentralisierung der DDR-Wirtschaft, die Bildung der Kombinate nicht nur als modernisierungsfeindlich, sondern stärkten zugleich die Positionen der Unternehmensleitungen auch gegenüber innerbe-

¹⁹ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Aufsteiger Harry Tisch, in: Deutschland Archiv, 8. Jahrg., Heft 6, Juni 1975, S. 567 ff.

trieblichen Mitwirkungsbestrebungen. Die Partei- und Wirtschaftsführung suchte über lange Zeit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtlage Herr zu werden, indem sie der Produktionssteigerung absoluten Vorrang einräumte: Die Zunahme der Schichtarbeit wurde ebenso wie die Belastung der Umwelt in Kauf genommen, das vorhandene Arbeitskräftereservoir rigoros ausgeschöpft.

Zum dritten schließlich trug die Politik der SED unter Honecker zum Niedergang des FDGB bei. Die enge Verzahnung des FDGB mit Staats- und Wirtschaftslenkung und der „führenden Rolle“ der SED ließen keinen Spielraum für eine mögliche Erneuerung. Der FDGB konnte so lange zum Feld einer wirksamen Immunisierungs- und Abschottungspolitik der SED gegen die Reformbestrebungen in Polen, Ungarn und vor allem seit 1985 in der UdSSR werden, wie die SED in der Lage war, die wirtschaftliche Situation der DDR als gefestigt und krisenfrei darzustellen.

Daher verwundert es nicht, wenn sich die Reformbewegung in der DDR seit dem Herbst 1989 nur ganz geringfügig auf gewerkschaftliche Gruppen und Gliederungen stützte. Ende September appellierten erstmals Gewerkschaftsmitglieder aus einem Berliner Großbetrieb an Harry Tisch, „um den öffentlichen Dialog über dringend notwendige Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“ zu beginnen.²⁰ Die Leitungen des FDGB erhielten in dieser Phase „Tausende Stellungnahmen“ von Vertrauensleuten und Gewerkschaftsgruppen. FDGB-Führer diskutierten nun mit den Arbeitern in den Betrieben. Der Bundesvorstand kündigte Ende Oktober an, er werde „nicht mehr dulden, daß die in der Verfassung garantierten Rechte der Gewerkschaften nicht wahrgenommen oder eingeschränkt werden“.²¹ Anfang November schließlich griff die FDGB-Zeitung „Tribüne“ endlich drängende Fragen der Gewerkschaftspolitik auf, so nach der Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei und den Privilegien in der DDR-Gesellschaft.²² Eine Arbeitsgruppe der FDGB-eigenen Hochschule plädierte für Eigenständigkeit und innergewerkschaftliche Demokratie.²³ „Viel Schule, wenig Interessenvertretung“ warfen Gewerkschafter dem FDGB vor.

Am 2. November 1989 kam es endlich zu einem Führungswechsel. Harry Tisch trat zurück, zu seiner Nachfolgerin wählte der Bundesvorstand Annelis Kimmel, zuvor seit 1979 Vorsitzende des Bezirksvorstandes Berlin und Mitglied des Bundesvorstandes. Die neue FDGB-Führung bemühte sich um einen Dialog mit den Arbeitern in den Betrieben, war jedoch nicht in der Lage, Reformkonzepte für eine zukunftsweisende Gewerkschaftsarbeit vorzulegen. In den Einzelgewerkschaften und betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen zeigten sich Auflösungsstendenzen: Viele Funktionäre wurden nach Mißtrau-

20 Wiedergegeben in Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk!“, Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 46.

21 Neues Deutschland, Berlin, 31.10.1989.

22 Tribüne, Berlin, 2.11.1989.

23 Tribüne, Berlin, 1.11.1989.

enserklärungen abgelöst oder traten zurück, bis zum Jahresende erklärten rund 800 000 Gewerkschafter ihren Austritt aus dem FDGB.

Nach dem Vorbild des ZK der SED beschloß angesichts weitgehender Handlungsfähigkeit der gesamte FDGB-Bundesvorstand am 9. Dezember 1989 seinen Rücktritt. Die laufende Arbeit übernahm ein Vorbereitungskomitee aus 32 Gewerkschaftern aus allen 16 Einzelverbänden, von denen keiner zuvor dem FDGB-Präsidium angehört hatte. Vorsitzender wurde Werner Peplowski, Vorsitzender der IG Druck und Papier. Damit wurde eine grundlegende Erneuerung des FDGB als Dachverband unabhängiger Industriegewerkschaften angestrebt. Als erste Maßnahme wurde die Anerkennung der „führenden Rolle“ der SED aus der Satzung des FDGB gestrichen. Für den 30. Januar und 1. Februar 1990 wurde ein außerordentlicher Kongreß einberufen.²⁴

Mit diesem außerordentlichen Kongreß endete die Geschichte des „alten“ FDGB. Rund 2 550 Delegierte beschlossen die Umbildung der Organisation in einen Dachverband von auch finanziell autonomen Industriegewerkschaften, denen das Recht auf Austritt aus dem Bund zusteht. Die Tarifautonomie fällt in Zukunft ebenfalls den Einzelverbänden zu. Der erneuerte FDGB tritt für die „demokratische Mitbestimmung in allen Eigentumsformen der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen“ ein. Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten an Stelle des Interimsvorsitzenden Peplowski Helga Maus, Mitglied der IG Bergbau und Energie, aus Cottbus.²⁵

Unverkennbar ist, daß vor den Gewerkschaften in der DDR eine Fülle von Problemen steht: Der sozialpolitische Besitzstand der Arbeitnehmer im Zuge der wirtschaftlichen Angleichung an die Bundesrepublik wird ohne die Solidarität der Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht zu erhalten sein. Auch der Neuaufbau der Organisationen und die Bildung wirksamer betrieblicher Interessenvertretung werden ein längerfristiger Prozeß sein, in dem die Gewerkschaften angesichts der politischen Rahmenbedingungen und der Aktivität der Unternehmer über ungünstige Staltbedingungen verfügen.

²⁴ Tribüne, Berlin, 11.12.1989.

²⁵ Vgl. u. a. Neues Deutschland, Berlin, 2.2.1990.